

II-3272 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

7038/1-Pr/77

1529 /AB
1978 -02- 0 6
zu 1533 /J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

1010

Parlament
W i e n

zur Zl. 1533/J-NR/1977

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten
Dr. L a n n e r und Genossen (1533/J), betreffend
Änderungen des Berichtes der Staatsanwaltschaft Wien
über Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit dem
Sicherheitsbüro, beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Vorweg möchte ich zu dem Mißverständnis,
von dem, wie der Anfragebegründung zu entnehmen ist,
die Herren Fragesteller bei ihrer neuerlichen Anfrage
ausgegangen sind, folgendes sagen:

Die Annahme, der Leiter der Staatsanwalt-
schaft Wien hätte in irgendeiner Weise zu verhindern getrach-
tet, daß Vorschläge oder Feststellungen aus dem Kreis der
staatsanwaltschaftlichen Beamten seiner Behörde der Ober-
staatsanwaltschaft Wien bekannt würden und deshalb in dem
an diese Oberstaatsanwaltschaft gerichteten Bericht
Streichungen vorgenommen, entbehrt jeder Grundlage.

Vielmehr hat der Leiter der Staatsanwaltschaft Wien den ihm vorgelegten Berichtsentwurf zum Anlaß genommen, um im vollen Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt in Wien die Angelegenheit gemeinsam mit dem Sachbearbeiter (Berichtsverfasser) und dem zuständigen Gruppenleiter der Staatsanwaltschaft Wien und dem Leiter der Abteilung II, dem Leiter des Sicherheitsbüros und dem Sachbearbeiter der Bundespolizeidirektion Wien zu besprechen. Auf der Grundlage dieser Besprechung vom 12. September 1977, die volle Übereinstimmung über das weitere Vorgehen ergab, haben der Sachbearbeiter und der Behördenleiter der Staatsanwaltschaft Wien einvernehmlich die Endfassung des Berichtes hergestellt.

Der Sachbearbeiter der Staatsanwaltschaft Wien hat auch schon bei einer von ihm im Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt in Wien herbeigeführten Besprechung am 27. Mai 1977, an der neben ihm sein Gruppenleiter und der Leiter der Abteilung II und der Leiter des Sicherheitsbüros der Bundespolizeidirektion Wien teilgenommen haben, seine Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsbüro zur Sprache gebracht.

Zu 2:

Der Sachbearbeiter der Staatsanwaltschaft Wien hat auf Grund der erwähnten Besprechung vom 12. September 1977 seinen Berichtsentwurf gekürzt und insbesondere auch selbst seine Ausführungen im Zusammenhang mit der erwähnten Besprechung vom 27. Mai 1977 und seinen Vorschlag zur Bildung einer "direkt dem Bundesministerium für Inneres unterstehenden, nicht nur aus Beamten des Sicherheitsbüros bestehenden Sonderkommission" gestrichen. Der Leiter der Staatsanwaltschaft Wien hat im Berichtsentwurf keine inhaltlichen Kürzungen oder Streichungen vorgenommen. Er hat den Bericht, insbesondere durch Ausführungen über die erwähnte Besprechung vom 12. September 1977, ergänzt.

2. Februar 1978

